

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/196

Bonn, den 13. Oktober 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Es muß gehandelt werden</u>	53

Zu Herbert Wehners Deutschlandüberlegungen

Von Fritz Sänger, MdB

2	<u>Dsteres Bild</u>	26
---	----------------------	----

Erkenntnisse in der "Politisch-Soziale Korrespondenz"

3 - 4	<u>Stade in Not</u>	61
-------	----------------------	----

Sorge und Probleme der Landeshauptstadt Hannover

Von Oberbürgermeister August Holweg

5 - 6	<u>Auerparlamentarische Lösung in Griechenland ?</u>	92
-------	--	----

Beruhigende Erklärung der Regierung

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

+ + +

Es muss gehandelt werden

---

Zu Herbert Wehners Deutschlandüberlegungen

Von Fritz Sänger, MdB

Man hätte in der für die Regierung in der Bundesrepublik verantwortlichen Partei so gern einen "Barzel-Plan" gehabt. Wenigstens die Gruppe hätte ihn gern gesehen, die Barzel auf der Kanzler-Schild heben wochten. Und nur wurde nichts daraus, sondern der Redner des 17. Juni 1966, in New York auf die Bühne gestiegen, nicht etwa im Deutschen Bundestag, bekam Klassenkeile. Er hatte den Versuch gewagt, eigene und eigensinnige Vorschläge für die Aufhebung der Erstarrung der sogenannten Deutschlandpolitik zu machen. Er dachte, er könne die Bundesrepublik aus der Isolierung befreien, in die sie immer mehr hineingleitet. Und das war danebengegangen.

So war es doch mit allen Vorschlägen und Anregungen, die jemals von wem auch immer gemacht wurden, um so oder so die deutsche Frage zu beantworten und nicht bloss mit ihr zu demonstrieren und über sie zu deklarieren. Ob der Vorsitzende des Kuratoriums Urteiltares Deutschland, Wilhelm Wolfgang Schütz in Reden und Schriften neue Gedanken vortrug und Wege wies, die zum Ziele des Miteinanderredens führen könnten - stets wusste man in der Bundesregierung, dass dies "gefährliche" Gedanken seien oder auch unbrauchbare, "keinesfalls neue" und immer natürlich falsche. Und man wusste es ohne Prüfung und ohne Wägen. Das war so, wenn Publizisten sich beruhten und das war so, wenn Regierungen deutlich oder diplomatisch, direkt oder auf dem Umweg über Gespräche mit Dritten anregten, dass die Deutschen etwas tun müssten und auch, was am besten zu tun sei.

Die Bundesregierung schwieg oder tat Halbheiten: ein Memorandum (vor über drei Jahren vorgelegt) wurde von intimen Kreisen der Welt-politik als unzureichend bewertet und niemals ergänzt. Eine brauchbare Note vom März 1966, die den Friedenswillen bekundete und nachdrücklich bekräftigen sollte, fand keine Fortsetzung und Vervollständigung, keine Anpassung an eine sich ändernde weltpolitische Situation.

Und nun kommt ein Politiker mit neuen Gedanken und Vorschlägen. Sind sie so aus dem Nichts geboren? Waren sie nicht schon in Reden

und Aufsätzen enthalten, die seit Jahren die Geschehnisse in der Welt-politik begleiteten und immer wieder und immer eindringlicher die deutschen Hoffnungen in unmittelbaren Bezug zu den Ereignissen in der Welt brachten? Das ist den politischen Gegnern der Sozialdemokraten gewiss nicht entgangen. Ihnen fehlte es nur an der Kraft zur eigenen Konzeption und an dem Mut, notwendige Schritte zu tun, die jene Auf-gabe zu lösen geeignet erscheinen können, die für alle Deutschen die vordringlichste und wichtigste ist und bleibt, bis sie gelöst ist: die Zusammenführung der Teile Deutschlands zu einem Ganzen, in dem die Menschen in Freiheit leben können, niemand zur Last und niemand zur Furcht.

Herbert Wehners Überlegungen zu einer gemeinsamen Wirtschafts-führung, zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen in allen Teilen des Landes, zur Entwicklung neuer Kontaktformen zwi-schen Bonn und Pankow - diese und andere Anregungen und Vorschläge versuchen nun, Versäumnisse der Bundesregierung durch ein der Wirk-lichkeit zugewandtes Verantwortungsbewusstsein endlich auszugleichen.

Man wird an diesen Überlegungen Wehners nicht vorbeikommen, wenn man eine Politik für Deutschland will. Es ist nicht viel Zeit, Bitter-keit über das eigene Versagen, über die eigene Phantasielosigkeit und über den Mangel an Mut zu einer nüchternen Politik in Vorwürfen und in Heftigkeit auszutoben. Es muss gehandelt werden ehe es zu spät ist.

+ + +

#### Düsteres Bild - Erkenntnisse in der "Politisch-Soziale Korrespondenz"

sp - Um die innere Verfassung der CDU ist es nicht gut bestellt. Sie leidet an Auszehrung mit fortschreitendem Kräfteschwund. Die CDU findet sich nicht mehr zurecht, sie weiss keine Antworten auf die gros-sen Fragen unserer Zeit zu geben. Ihr Programm reicht dazu nicht aus, es ist in hohem Masse reformbedürftig. Die "Politisch-Soziale Korres-pondenz", die dem Bundesminister Dr. Krone nahe steht, hat in einem ungezeichneten Artikel die Wunden offengelegt und ein Programm gefor-dert, das "für die grossen Fragen und Aufgaben von morgen" ein Leit-bild bietet, das sowohl das Parteivolk wie die Masse der Wähler über-zeugt. Diese Forderung wird wohl ein frommer Wunsch bleiben. Herr Duihuus, der CDU-Vorsitzende von Nordrhein-Westfalen, hat sich schon einmal als Reformers versucht und ist kläglich gescheitert. Er fand keine Gefolgschaft. Das Beharrungsvermögen der konservativen Kräfte er-wies sich stärker als der Reformwille.

Die Korrespondenz beklagt es auch, dass die Deutschen im Westen keinen Freund und keinen Verbündeten haben, der bereit wäre, für eine baldige und vernünftige Regelung des deutschen Problem politisch ins Feld zu ziehen. Aber liegt nicht die Ursache dieses jammervollen Zu-standes im Immobilismus der führenden Regierungspartei? Verheissungs-volle Ansätze, wie sie in der deutschen Friedensnote enthalten waren, wurden nicht weiterverfolgt. Es blieb nur bei Beteuerungen, es fehl-ten die Kraft und die Entschlossenheit, der deutschen Politik die vorwärtstreibenden, aus der Erstarrung herausführenden Impulse zu geben. Die CDU, von Wankelmut und Unsicherheit befallen, von Cliquen-kämpfen innerlich schwer angeschlagen, hat ihre Führungskraft ver-loren. Jeder Tag macht es deutlicher.

+ + +

Städte in Not

Sorge und Probleme der Landeshauptstadt Hannover

Von Oberbürgermeister August Holweg

Die finanzielle Lage der Stadt Hannover hat sich in der letzten Zeit in einer Weise entwickelt, die zu ernster Sorge Anlaß gibt. Als dieser Tage der Entwurf für den nächstjährigen Haushaltsplan vorgelegt wurde, ergab sich zum ersten Male nicht nur keine Steigerung gegenüber dem bisherigen Volumen, sondern sogar eine Verminderung im Vergleich zu 1966 um nicht weniger als 6,4 Prozent. Dabei wird das Wachstum des Sozialprodukts in der Bundesrepublik für 1967 nominell auf 6,5 bis 7 Prozent geschätzt. Der Entwurf des Bundeshaushaltsplans geht über diese Zuwachsrate noch hinaus. Die Ausweitung beträgt hier 7,25 Prozent, und auch der Haushaltsplan des Landes Niedersachsen weist noch einen Zuwachs um 4,6 Prozent aus.

Dieses Mißverhältnis kennzeichnet deutlich die Situation der Stadt Hannover, die sich von der anderer Städte nicht wesentlich unterscheidet. Sollte die augenblickliche Entwicklung anhalten, werden sie binnen kurzer Zeit nicht mehr in der Lage sein, ihre für die Bürger lebensnotwendigen Aufgaben zu erfüllen. Dabei tragen die Städte und Gemeinden die Hauptlast der Sozialinvestitionen. Von ihnen erwarten die Bürger mit Recht in erster Linie die Erfüllung ihrer elementaren Lebensansprüche.

Eine grundlegende Besserung kann nur durch eine Änderung der Finanzstruktur eintreten. Seit Jahren warten die Gemeinden vergeblich auf die von allen Seiten als notwendig anerkannte Finanzreform. Eine Neuverteilung der öffentlichen Einnahmen ist dringend erforderlich, um die Gemeinden aus ihrer Abhängigkeit von der Gewerbesteuer als der einzigen ergiebigen, aber ebenso konjunkturrempfindlichen Steuerquelle zu befreien. Die Gewerbesteuererinnahmen der Stadt Hannover sind in den ersten sieben Monaten dieses Jahres um zwölf Millionen DM hinter den Einnahmen im gleichen Zeitraum des Jahres 1965 zurückgeblieben. Die Ursache ist in der rückläu-

figen Ertragslage mehrerer für die Gewerbesteuer ins Gewicht fallender hannoverscher Betriebe zu suchen.

Der Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen ist der eine Grund für die schlechte Finanzlage der Stadt, der zweite ist die völlige Austrocknung des Kapitalmarktes in den letzten Monaten. Die Stadt Hannover sah sich deshalb gezwungen, Vorhaben, deren Baubeginn für dieses Jahr geplant war, zurückzustellen. So konnte beispielsweise mit keinem einzigen Schulneubau begonnen werden. Darüber hinaus mußten neun bereits begonnene Bauten stillgelegt werden. Dazu gehören wichtige Verkehrsbauten genauso wie das Stadionbad, der Bau eines neuen Fuhrantes und die notwendige Erweiterung des Klärwerks.

Ob es im nächsten Jahr möglich sein wird, das eine oder andere stillgelegte Vorhaben wieder fortzusetzen und zu vollenden, ist mehr als zweifelhaft. Leider steht auch die nun schon so oft angekündigte Finanzreform immer noch nicht in greifbarer Nähe, um so mehr wäre es erforderlich, daß den Gemeinden - sozusagen als erste Hilfe - mit zweckbestimmten Zuwendungen, beispielsweise für Verkehrsbauten, unter die Arme gegriffen würde. Hannover gehört zu den Städten, die zur Bewältigung des Verkehrs in der Innenstadt unabwendbar eine U-Bahn bauen müssen. Der Anfang dazu wurde im vergangenen Jahr gemacht. Der Weiterbau aber ist nur möglich, wenn Land und Bund die Stadt mit namhaften Beträgen unterstützen. Allein wird sie niemals in der Lage sein, dieses große Projekt zu verwirklichen.

Der Schwerpunkt der kommunalen Investitionen liegt eindeutig im Bereich der Daseinsvorsorge für die Bürger. Durch die völlig unzureichende Ausstattung der Gemeinden mit eigenen Einnahmen sind sie seit Jahren hinter dem Bedarf weit zurückgeblieben. Eine weitere Verschlechterung der Lage in den Städten würde die schwerwiegendsten Folgen auch für das weitere Wirtschaftswachstum haben.

Außerparlamentarische Lösung in Griechenland ?

Beruhigende Erklärung der Regierung

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Dreimal innerhalb einer Woche sah sich der griechische Regierungschef verpflichtet, die griechische Öffentlichkeit durch Erklärungen darüber zu beruhigen, daß sich die politische Lage des Landes normal entwickle und "daß die unverantwortlichen Faktoren, die es wegen würden, die normale demokratische Entwicklung zu stören, der gesamten politischen Welt würden gegenüberstehen müssen". Anlaß zu diesen Erklärungen war ein Artikel des bekannten amerikanischen Publizisten Sulzberger, der in der New York Times u.a. schrieb: "Sollte der König befürchten, daß das Land vor einer Katastrophe steht, dann vermute ich, daß er bis zur vorläufigen Aufhebung eines Teiles der Verfassung gehen wird, falls er dies zur Bewingung der Herausforderung für notwendig halten sollte."

In der knisternden Atmosphäre, die der Untersuchungsbericht über die Verschwörung einiger Offiziere, bekannt als ASPIDA, hervorgerufen hatte, goß dieser Beitrag aus New York Öl ins Feuer. Einmal wird in diesem Bericht nicht nur Anklage gegen 28 der insgesamt 30 in Untersuchungshaft gesetzten Offiziere - die Mitte November in Athen unter der Anklage des Hochverrates vor ein Militärtribunal gestellt werden - erhoben, es werden auch vier Minister des Kabinetts Papanikolaou und vier Minister der heutigen Regierung Stefanopoulos beschuldigt, von der Verschwörung Kenntnis und in Verbindung zu den angeklagten Offizieren gestanden zu haben. Andererseits zeitigen die andauernden Diskussionen über eine mögliche Diktatur Unruhe und heftige Reaktion bei den Parteien, der Regierung und der Oppositionspresse. Über die Schuld der genannten Politiker hat nun der Staatsanwalt zu befinden; er forderte zusätzlich alle Zeugenaussagen an.

Der Führer der Zentrumsunion, Papanikolaou, erklärte, daß die Untersuchung keinen Beweis für die Schuld der Politiker erbringen konnte und es frage sich, ob von den 10 000 griechischen Offizieren 28 ausge reicht hätten, die parlamentarische Ordnung zu stürzen. Der Fraktionschef der Konservativen ERM Professor Kanellopoulos, betonte in äußerst vorsichtig gehaltenen Erklärungen, daß auch wenn in allen möglichen dramatischen Wendungen festgestellt würde, der Bericht über die Schuld der Politiker wäre zutreffend, dies für die Entwicklung der politischen und nationalen Angelegenheiten nicht sehr erfreulich sein werde. "Natürlich", so sagte er, "kommt der Wahrheit auf allen Gebieten die Priorität zu."

"Griechen formiert Euch"

Die Tatsache, daß in dem Untersuchungsbericht, Minister der heutigen Regierung beschuldigt werden, veranlaßte die Regierungszeitung "ELEFTHERIA" in einem äußerst scharfen Leitartikel die Rechtsextremisten der Absicht zu beschuldigen, die Regierung stürzen zu wollen. Sie wandte sich gegen die geschickte Taktik, einzelne Regierungsmitglieder anzugreifen, dadurch die Regierung zu schwächen und den endgültigen Sturz derselben leichter herbeiführen zu können. Weiter wirft sie ihnen vor, eine außerparlamentarische Lösung anstreben zu wollen, und erwähnt dabei den kürzlichen Beitrag einer Athener Zeitung, die offen

geschrieben hatte, Wahlen können keine Lösung für das politische Problem sein. Die Zeitung unterstreicht, daß die Gefahr, obwohl noch klein, so doch existierend und appelliert an alle Träger von politischer Verantwortung, der Verschwörung gemeinsam zu begegnen und schließt mit dem Aufruf: "Die Gefahr lauert, Griechen, formiert Euch!"

Georg Papandreu äußerte in einer langen Erklärung: "Bisher kursierten nur von dunklen Kräften in die Welt gesetzte Gerüchte. Nun - nach dem Bericht Sulzbergers - haben wir eine wesentliche Bestätigung. Niemals werden wir eine Diktatur dulden. Alle Griechen, unabhängig von Partei und politischer Einstellung werden ihre Freiheit notfalls mit ihrem Leben verteidigen... Diejenigen, die wagen, an einen Sturz der Demokratie zu denken, müssen wissen, daß nicht nur die politische Welt, nicht nur das griechische Volk, sondern auch die Armee und selbst die Steine sich erheben werden, um sie niederschlagen und zu zerstören."

Charakteristisch ist, daß der Führer der EKK, Professor Kanellopoulos seit Januar dieses Jahres ständig und kategorisch in aller Öffentlichkeit erklärt, daß er gegen eine Diktatur und jede außerparlamentarische Lösung überhaupt sei; und dies, obwohl er in den Reihen seiner Partei Leute hat, die das Gegenteil anstreben, und ein Teil der seiner Partei nahestehenden Presse, ihn für diese Äußerungen heftig kritisiert.

#### Auch Stefanopoulos sieht Gefahren

Die Tatsache, daß sich Stefanopoulos gezwungen sah, zweimal zu erklären, daß sich, seinem sicheren Wissen nach, der König streng an den Buchstaben der Verfassung halten werde, und er zusätzlich in einer Pressekonferenz betonte, daß seine Regierung niemals von dem § 91 der griechischen Verfassung Gebrauch machen werde; der die Aufhebung gewisser bürgerlicher Freiheiten im Falle äußerer oder innerer Gefahr ermöglicht, zeigt, daß er eine solche Gefahr sieht. Gleichzeitig ließ er aber keinen Zweifel daran, daß er nicht derjenige sein werde, der der Krone die Anwendung des § 91 vorzuschlagen, der nur auf Vorschlag der Regierung und mit Zustimmung des Parlaments vom Staatsoberhaupt angewandt werden kann. Interessant ist dabei, daß der griechische Ministerpräsident ohne Vorbehalte verkündete, daß er im Kampf für die demokratische Freiheit auch mit den Kräften anderer Parteien rechnet.

Vor Kurzem wurde in der regierungsfreundlichen Presse behauptet, daß der ehemalige Verteidigungsminister Garoufalias - einer der Hauptfaktoren, der die erschütternde Krise vom Juli 1965 auslöste - eine außerparlamentarische Lösung unter seiner Führung anstrebt; er ein solches Vorhaben aber nicht verwirklichen kann, weil der König seine Pläne ablehnt. Der Betroffene, dementierte diese Meldungen nicht ausdrücklich. Politische Beobachter in Athen fragen sich, ob er oder die Kreise, die hinter der extremen Rechtspresse stehen, dafür die Voraussetzungen schaffen könnten, nachdem die gesamte, politische Verantwortung tragende Welt heftigst reagiert und klagend steht. Daß die überwiegende Mehrheit des griechischen Volkes, gemäß seinen uralten demokratischen Traditionen, sich geschlossen wie ein Mann dagegen auflehnen wird.